

Deutschland und der Türkeikrieg

Das Nato-Land Türkei führt Krieg gegen die syrischen Kurden, die Bundesrepublik hat die Waffen geliefert

von Renate Dillmann

Seit einigen Tagen führt die Türkei Krieg gegen die Kurden in Nordsyrien. Dagegen gibt es viel Protest: kleinere Demonstrationen in vielen Städten, größere landes- und bundesweite Demonstrationen. Auch aus der offiziellen deutschen Politik gibt es durchaus kritische Stimmen gegen die Türkei. Bemerkenswert ist allerdings, wie diese Kritik aussieht.

Das fängt bei der Formulierung an, um was es sich überhaupt handelt: Lange hieß es nicht „Krieg“, sondern eher beschwichtigend „Militäreinsatz“ oder „militärische Operation“, wobei Kanzlerin Merkel sofort die „berechtigten Sicherheitsinteressen der Türkei“ anerkannte. Das hat sich inzwischen etwas geändert: Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat einen „völkerrechtswidrigen Krieg“ der Türkei ausgemacht. Es herrscht also durchaus Aufregung – allerdings weniger wegen der bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Opfer. Diese gelten als die zwar auch vorhandene „humanitäre Seite“ des Falls (Wolfgang Ischinger bei Anne Will, 20.10.2019), viel wichtiger aber sind den deutschen Kritikern aus dem Regierungslager die „realpolitischen“ Schäden, die zu registrieren seien: Die USA abgezogen, Deutschland ausgemischt, stattdessen kommen Putin und „der Massenmörder Assad“ in der Region neu zum Zug.

Bei der massenhaften Vertreibung der Kurden – inzwischen sind 195.000 auf der Flucht! – handelt es sich zwar nach den UN-Kriterien um einen ziemlich eindeutigen Fall von ethnischer Säuberung. Aber auch das gilt deutschen Politikern und der deutschen Mainstream-Presse eher von dem Standpunkt aus als bedenklich, dass nun schon wieder eine Menge Flüchtlinge auf der Welt dazukommen. Kein Vergleich mit der Empörung samt praktischen Konsequenzen (Embargo, Intervention, Bombardierung) in den noch nicht allzu lange zurückliegenden Fällen Kosovo („Massenmörder Milosevic“) und Syrien („Massenmörder Assad“!).

Und die klare Verletzung der syrischen Souveränität und die offen geplante Eroberung syrischen Territoriums wird eher unter dem Aspekt betrachtet, ob Erdogan damit nicht noch mehr Unruhe in eine Krisenregion bringt, die „uns“ sprich: der deutschen Außenpolitik nicht gefällt. Von einer nicht-hinnehbaren Verletzung des Völkerrechts wie im Fall des Iraks bei seinem Überfall auf Kuwait 1990, der den 1. Golfkrieg nach sich zog, ist nirgends die Rede.

Die Konsequenzen, mit denen die Türkei rechnen muss, sehen dem entsprechend bisher so aus, dass sich die EU vor allem auf deutsches Betreiben hin nicht auf ein gemeinsames Waffenembargo geeinigt hat (auf weitergehende Wirtschafts-Sanktionen erst recht nicht) und es in die Hände der Mitglieder legt, wie diese jeweils reagieren wollen. Außenminister Maas will

dafür die zukünftigen deutschen Rüstungsexporte einschränken und davon auch nur die, die von der Türkei in ihrem aktuellen Krieg verwandt werden könnten – alles andere kann unangetastet weiter laufen.

Die bundesdeutsche Haltung zum Krieg der Türkei wird dabei öffentlich so begründet: 1) sei die Türkei ein Nato-Staat, der weiter gebraucht werde und 2) sei die Türkei wichtig für das Flüchtlings-Abkommen, das der EU erneute Flüchtlings-Ströme wie 2015 erspart.

All das wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Zunächst die, was die Türkei mit ihrem aktuellen Krieg will. Dann die Frage nach der Stellung der BRD: Keiner der bundesdeutschen Politiker begrüßt den Krieg; die Stellungnahmen und Maßnahmen dagegen erscheinen gleichzeitig durchaus „gebremst“, wie die linke und grüne Opposition bemängelt. Wie ist das zu erklären? (Teil 1)

Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass es immer mehr Kriege in der Welt gibt – warum ist das eigentlich so? Und schließlich: Was kann man tun, wenn man damit nicht einverstanden ist. Diese Fragen sollen demnächst in einem zweiten Teil behandelt werden.

Teil 1

Der türkische Krieg in Nordsyrien

Die Türkei plant, über eine Länge von 400 km eine Fläche von 30 bis 40 Kilometer syrisches Territorium zu erobern und dort eine sogenannte „Schutzzone“ einrichten. Sie will erklärtermaßen die dort bisher ansässige mehrheitlich kurdische Bevölkerung vertreiben. Ihre Begründung: Der Krieg, den sie führe, sei ein Kampf gegen den „Terrorismus“. Die Türkei nennt ihren Krieg deshalb „peace spring“, also „Friedensquelle“. Damit macht Präsident Erdogan seine Sicht der Lage deutlich: Für ihn sind die in Nordsyrien ansässigen Kurden „Terroristen“. Sie stören den Frieden, den er herstellen und garantieren will. Sein Vorwurf: Die syrischen Kurden sympathisieren mit der illegalen Arbeiterpartei der türkischen Kurden, der PKK, deren Führer Öcalan die Türkei seit 20 Jahren gefangen hält, und bieten deren Aktivisten einen Rückzugsraum. Das will die Türkei nicht länger hinnehmen und deshalb die kurdischen Milizen vernichten, die kurdische Bevölkerung vertreiben.

Nebenbemerkung: Alle Kriege, die Staaten führen, sind aus ihrer Sicht notwendig zur Herstellung und Garantie des Friedens – des Friedens nämlich, wie sie ihn für ihre Interessen definieren. Diesen Frieden müssen sie gegen diejenigen *verteidigen*, die ihn stören – Gegner ihrer Interessen wie andere Staaten bzw. unterhalb der staatlichen Ebene „Terroristen“. Eine wesentliche Frage besteht dann stets darin, wie andere, insbesondere andere *wichtige* Staaten, den Fall beurteilen. Die Auseinandersetzung um diese Frage nach der „Legitimität“ eines Krieges wird in den Vereinten Nationen (UN) und dort letztlich im Ständigen Sicherheitsrat geführt: Wer bei einem Krieg das Völkerrecht auf seiner Seite hat, ist insofern Resultat der Auseinandersetzung der entscheidenden Staaten.

Kurzer historischer Exkurs: Das Problem der Türkei mit den Kurden

Kurden sind Angehörige eine Ethnie mit indogermanischer Sprache, die in Gebieten ansässig sind, die heute zu verschiedenen Staaten gehören: der Türkei, dem Irak, Syrien und dem Iran. Als Kemal Atatürk die heutige Türkei nach dem Vorbild westlicher Nationalstaaten gründete (1923), wurden die auf dem Staatsgebiet ansässigen nicht-türkischen Bevölkerungsteile zum Problem: Sie passten nicht zu der Vorstellung der nationalen Einheit, die den neuen Staat – in Absetzung vom ehemaligen Vielvölkerstaat Osmanisches Reich – auszeichnen sollte. Also wurden sie entweder brutal ausradiert oder vertrieben (Armenier), zur Rückkehr in „ihr“ Land gezwungen (Griechen) oder in ihrer Besonderheit ignoriert und „türkisiert“ (Kurden, die zu „Bergtürken“ ernannt und deren Sprache verboten wurde). Seitdem, also seit sie sich als Nationalstaat definiert, hat die moderne Türkei ein „Kurdenproblem“, d.h. eine nationale Minderheit, die sich mit dieser Statuszuweisung und den dazu gehörenden Verboten/Repressionsmaßnahmen nicht abfinden will.

Dabei führen die Kurden auch viele ihrer sozialen Probleme darauf zurück, dass sie politisch als Volk zweiter Klasse gelten. Dagegen fordern sie einerseits eine Anerkennung im türkischen Staat, andererseits aber auch einen eigenen kurdischen Staat – ganz in der Logik, dass jedes Volk seine eigene nationale Herrschaft braucht, einer Logik also, die im Kern durchaus der türkischen Nationalstaatsgründung gleicht...

Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) hat für die türkischen Kurden einen sozialistischen Staat verlangt, weil sie der Auffassung war, dass nur ein solcher Staat sowohl das nationale wie das soziale Problem der Kurden lösen könne. Nur ein eigener Staat könne ernsthaft für das kurdische Volk sorgen und nur ein sozialistischer Staat würde sich von den herrschenden feudal-kapitalistischen Eliten so emanzipieren, dass die einfachen Leute – Arbeiter und Bauern – zu einem besseren Leben kämen. Dafür wurde sie vom türkischen Staat zu einer terroristischen Bedrohung erklärt und jahrzehntelang militärisch bekämpft.

Erdogan hat 2005 als erster türkischer Ministerpräsident öffentlich anerkannt, dass es ein „Kurdenproblem“ gibt. In der Folge gab es Friedensgespräche mit der PKK und das Angebot an die Kurden, ihre Waffen abzulegen und ihre Interessen im türkischen Parlament zu vertreten. Auch PKK-Chef Öcalan, der sich seit 1999 in türkischer Haft befindet, hat 2005 eine ideologische Wende vollzogen. In seinem Konzept des „Demokratischen Konföderalismus“ hat er sich vom Konzept eines kurdischen Nationalstaats verabschiedet: „Ein revolutionärer Umsturz oder die Gründung eines neuen Nationalstaats schaffen keine tragfähige Veränderung. Auf lange Sicht können Freiheit und Gerechtigkeit nur innerhalb eines dynamischen demokratisch-konföderalen Prozesses erreicht werden... Der Demokratische Konföderalismus in Kurdistan ist gleichzeitig eine anti-nationalistische Bewegung. (...) Die Forderung nach einem getrennten Nationalstaat ergibt sich aus den Interessen der herrschenden Klasse oder den Interessen der Bourgeoisie, spiegelt aber nicht die Interessen des Volkes wider. Denn ein weiterer Staat würde lediglich zusätzliche Ungerechtigkeiten schaffen und das Recht auf Freiheit noch weiter einschränken.“

Nach 2013 hat Erdogan seine Politik einer gewissen Anerkennung widerrufen und die Kurden erneut politisch und militärisch bekämpft (Absetzung kurdischer Bürgermeister, militärische Zerstörung kurdischer Städte, z.B. Diabakyr).

<https://www.heise.de/tp/features/Diyarbakir-Stadt-Zerstoerung-und-Enteignung-3827981.html?seite=all>

Arbeitstext 1

Im Fall eines Siegs, der die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung beinhaltet, will die Türkei bis zu zwei Millionen arabische Flüchtlinge aus Syrien im eroberten Gebiet ansiedeln. Damit will sie gleichzeitig weitere Kriegsziele verwirklichen:

Erstens wird sie auf diese Art und Weise zumindest einen großen Teil der 3,6 Millionen syrischer Flüchtlinge los, die sich auf türkischem Gebiet aufhalten. Seit sich die Wirtschaft in der Türkei nicht mehr aufwärts entwickelt und viele türkische Bürger ein Problem mit Jobs und Inflation haben, hat sich das für die Regierungspartei und Erdogan in sinkenden Wählerzahlen und Protesten bemerkbar gemacht.

Zweitens spaltet Erdogan mit seinem Krieg die türkische Opposition: Die bürgerliche Partei CHP unterstützt ihn, während sich die parlamentarische Partei der Kurden, die HDP, gegen den Krieg ausspricht. Die Anti-Erdogan-Einheit dieser Parteien ist damit zu Ende.

Drittens verschafft sich Erdogan auf diese Art und Weise eine türkische Einflusszone in Syrien. Das hat er bereits zu Beginn des syrischen Bürgerkriegs versucht und im Januar 2018 erneut seinem Einmarsch in Afrin. Eventuell ist der aktuelle Krieg auch eine Probe aufs Exempel, inwieweit die wichtigen Staaten der Welt die Türkei in Syrien gewähren lassen.

Zwischenfazit: Mit ihrem Krieg erobert sich die Türkei nordsyrisches Territorium, um die dort ansässigen Kurden zu vertreiben und arabisch-stämmige syrische Flüchtlinge dort anzusiedeln. Dass damit – jenseits der unmittelbaren militärischen Opfer – auf Jahre enorme ethnische Konflikte produziert werden, ist klar. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden so auch aus Syrien vertriebene Anhänger des Islamischen Staats auf diese Art und Weise erneut Fuß fassen und den Bürger- (bzw. Stellvertreter)krieg¹ gegen Assad weiter befeuern...

Der Krieg der türkischen Armee, die den kurdischen Milizen waffenmäßig weit überlegen ist, hat bereits eine Reihe Opfer gefordert und wird dies weiter tun. Am 10. Tag des Kriegs sind nach internationalen Angaben fast 200.000 Menschen auf der Flucht ins Innere Syriens...

¹ Seit 2011 gibt es auf dem Staatsgebiet Syriens kriegerische Auseinandersetzungen. Diese haben nach Protesten in der syrischen Grenzstadt Daraa begonnen – Proteste, die sich nach dem Muster der Arabellion als Bürgerproteste gegen die Regierung Assad richteten, und von Beginn an unter starkem ausländischen Einfluss standen (Lüders 2015/Scholl-Latour 2014). Die Regierung Assad hat diese Proteste, die den Charakter eines Aufstands annahmen, militärisch bekämpft. Dabei wurden die aufständischen Kräfte von Staaten finanziert und mit Waffen ausgerüstet (Türkei, USA, Saudi-Arabien, Katar), personell durch islamische Fundamentalisten aus allen möglichen Ländern (Tschetschenien, Libyen, EU) verstärkt und diplomatisch durch Forderungen westlicher Länder nach einem „regime change“ des gewählten Präsidenten Assad unterstützt. Eine Wende zugunsten der Souveränität Syriens und der Regierung Assad brachte der Kriegseintritt Russlands, das eine weitere Destabilisierung der Region verhindern und sich seinen militärischen Stützpunkt in Syrien sichern will. Die syrischen Kurden, die im syrischen Staat ebenfalls repressiv behandelt wurden und nicht als vollwertige Staatsbürger anerkannt waren, haben die Schwächung der Zentralmacht im syrischen Bürgerkrieg nach 2011 genutzt, um de facto autonome Gebiete zu bilden (Rojava, Kobane, etc.). Sie beziehen sich dabei auf die von PKK-Führer Öcalan vollzogene Wende, die von einem eigenen kurdischen Nationalstaat Abstand nimmt und auf basisdemokratisch organisierte lokale Kommunen setzt. Dem entsprechend bauen sie im Norden Syriens – ohne sich offiziell von Syrien zu separieren – multiethnische und multireligiöse föderale Gesellschaften auf und kämpfen militärisch gegen den Islamischen Staat (u.a. für die Jesiden). Dabei haben sie in den letzten Jahren auf die Unterstützung der US-Armee gesetzt, insbesondere auf deren Luftangriffe.

„Erdogans schräge Träume von einem türkischen Kalifat

Ganz in diesem Geiste (des Kalifats, d. Verf.) versucht der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan im Rahmen seiner oft als neosmanisch beschriebenen Politik, in die Fußstapfen der osmanischen Sultane zu treten und der Türkei wieder jene weltpolitische Rolle zu verschaffen, die das Osmanische Reich einst gespielt hatte. In den Medien wird er oft als „Sultan“ karikiert. (...)

Erdogans „exekutives Präsidialsystem“ ist bereits eine Art Sultanat, wenn man so will. Nur sein Wille zählt. Außenpolitisch ist die Türkei unter ihm erstmals seit dem Ersten Weltkrieg wieder aktiv geworden, mit klaren machtpolitischen Ambitionen und erheblichem Störpotenzial im Nahen Osten.“

<https://www.welt.de/geschichte/article189837383/Erdogans-Traum-Wiederherstellung-des-Kalifats-das-Ataturk-abschaffte.html>

Fragen zum Text:

1. Was versteht der Autor unter „neosmanischer Politik“?
2. Warum will der türkische Staatspräsident Erdogan an das Osmanische Reich anknüpfen?
3. Warum wird der türkische Staatspräsident Erdogan als „Sultan“ karikiert?
4. Stimmt es, dass die Türkei unter Erdogan außenpolitisch „erstmalig seit dem Ersten Weltkrieg wieder aktiv geworden“ ist? Wenn nein, warum denkt der Autor so?

Arbeitstext 2

Die Waffen der Türkei

Für ihren Krieg kann die Türkei auf jede Menge modernster Waffen zurückgreifen. Über diese verfügt sie als *Nato-Staat*: Sie ist einer der größten Empfängerstaaten deutscher Waffen und wird auch von den USA massiv ausgerüstet. Das Resultat ist die zweitgrößte Armee innerhalb der Nato. Der Grund dafür liegt in der geostrategischen Funktion der Türkei. Wie Deutschland war die Türkei im Kalten Krieg Frontstaat gegen die Sowjetunion; heute soll sie diese Rolle für die Nato gegen Russland spielen. Gleichzeitig ist die Türkei aus Sicht westlicher Staaten wichtiger Bündnispartner bei der Sicherung stabiler Verhältnisse im Nahen Osten, der Weltregion also, die für die stetige und zuverlässige Versorgung mit Öl vorgesehen ist.

Mit den Krediten und Waffen, die sie für diese Funktion von ihren westlichen Partnern bekommen hat, hat sich die Türkei inzwischen selbst zu einer *Regionalmacht* entwickelt, die ganz eigene Ansprüche formuliert. Damit allerdings macht sich die Türkei bei ihren eigenen Bündnispartnern unbeliebt – denn diese haben Waffen geliefert, um *ihre* Interessen zu wahren und nicht, um die eigenmächtige Politik der Türkei zu fördern.

Die deutsche Kritik am Krieg

Der türkische Krieg in Nordsyrien erntet deshalb viel Kritik bei deutschen Politikern. Kanzlerin Merkel hat Erdogan aufgefordert, die Intervention zu beenden; Außenminister Heiko Maas hat verkündet, dass die BRD zukünftig (!) keine Waffen mehr liefern wird, die in Nordsyrien eingesetzt werden können. Ob das sachlich abzugrenzen ist oder nicht, ob das eine für die Türkei empfindliche Drohung ist oder nicht, sei einmal dahingestellt – Deutschland zeigt jedenfalls keine Begeisterung für den Krieg seines Nato-Partners und EU-Beitrittskandidaten.

Wie die regierungsamtliche Kritik an der Türkei ausfällt, ist allerdings aufschlussreich. Menschenleben, Vertreibung, Zwangsumsiedlung – das sind keine Vorwürfe der deutschen politisch Verantwortlichen. Stattdessen wird die Türkei dafür gerügt, dass sie die Region *destabilisiert* – ganz so, als lebten die Leute dort nicht seit Jahren in einem vom Westen befeuerten und ausgerüsteten Krieg. Das lässt darauf schließen, dass die Bundesrepublik der bisherigen Kriegssituation etwas abgewinnen konnte – tatsächlich war sie ja dabei, hat mit ihren Tornados „aufgeklärt“ und auf diese Weise mitgemischt in der geostrategisch wichtigen Weltregion. Das ist nun – nach dem Abzug der USA – überflüssig und nutzt nur noch der Türkei. Das wollen deutsche Politiker nicht – und distanzieren sich deshalb von ihrem engen Bündnispartner. Deshalb wird der Türkei von manchen Politikern sogar ein Völkerrechtsbruch vorgeworfen – obwohl die USA und Deutschland ohne jede völkerrechtliche Grundlage im Syrienkrieg agiert haben. Festzuhalten ist also: Völkerrechtsverletzungen sind aus deutscher Sicht dann kritikabel, wenn es nicht die eigenen bzw. nicht genehme sind.

Ebenso wenig gefällt den deutschen Politikern, dass der türkische Einmarsch die syrische Armee und Putin auf den Plan ruft. Diesen Kriegsverlauf haben sie so nicht gewollt – nun kritisieren sie an Erdogan, dass er die aus Deutschland stammenden Waffen *eigenmächtig* einsetzt. Festzuhalten ist also: Gegen Tote dank deutscher Waffen spricht so lange wenig bis nichts, wie es die „Kollateralschäden“ der von Deutschland unterstützten Kriegsaktionen sind.

Wenn Erdogan sich gegen diese Kritik verwahrt und damit droht, die laut Flüchtlingsabkommen in der Türkei festgehaltenen 3,6 Millionen Syrer nach Europa und Deutschland zu schicken, ist das aus Sicht der deutschen Politik endgültig untragbar.

Statt dass dieser türkische Präsident die Aufgaben, die ihm Nato und Deutschland zugedacht haben, erfüllt, macht er eigene, „neo-osmanische“ (s.Kasten) Ambitionen geltend und führt sich wie ein „Sultan“ auf, obwohl er doch nur einem Staat vorsteht, der auf deutsches Geld und deutsche Waffen angewiesen ist, sich gemäß deutschen Vorstellungen also unterzuordnen hat. Festzuhalten ist also: Deutschland hat nichts dagegen, dass ein autoritärer Machthaber Flüchtlinge gegen ihren Willen festhält und an weiterer Flucht hindert – ganz im Gegenteil: Das ist eine seiner wesentlichen Aufgaben, die er für die europäisch-deutschen Interessen an Grenzsicherung zu erfüllen hat und für die er viel Geld (6 Milliarden Euros!) aus dem „Flüchtlingsdeal“ bekommt. Kritik setzt in Deutschlands Regierung dann ein, wenn dieser Politiker die Flüchtlinge als diplomatisches Erpressungsmittel benutzt.

Bei aller Kritik an Erdogans Eigenmächtigkeit und seinen aus deutscher Sicht unerträglich frechen Drohungen soll das gemeinsame Bündnis allerdings auf *nicht* in Frage gestellt werden. Dazu braucht man die Türkei sowohl als Nato-Staat wie als Barriere gegenüber den Flüchtlingen schlicht zu dringend... (s. oben: Die Waffen der Türkei)

So geht also die deutsche Kritik am Krieg der Türken. Die parlamentarische Opposition und die Presse finden das „*halbherzig*“ bzw. „*windelweich*“. Das wird aufgeblasen zu einem großen Lamento über die mangelhafte humanistisch-menschenrechtliche Verantwortung und meint im Kern: Unerträglich, dass Erdogan und sein mittelprächtiger Staat einem Deutschland auf der Nase rumtanzen – kann doch wohl nicht wahr sein, dass „wir“ dagegen keine Mittel haben.

Und darin sind sich dann wieder alle wunderbar *einig*, die Regierung, die Opposition und die Medien: Deutschland muss einfach mehr Macht, pardon: Verantwortung entfalten können in dieser Welt und solche „Bösewichter“ stoppen können!

Die Linkspartei sorgt sich um die „Glaubwürdigkeit“, die „wir“ zukünftig außenpolitisch noch haben, wenn „wir“ uns auf „die Werte“ „unserer Wertegemeinschaft“ berufen wollen (Sevim Dagdelen bei Anne Will, 21.10.). Auch eine Kritik!

„Was macht der Westen – außer zu reden?“

Die Türkei baut an einem Neu-Osmanischen Reich. Die alten Partner der Türkei tun sich schwer mit einer Antwort. Sie muss schnell kommen. Ein Kommentar.

Von Stephan-Andreas Casdorff

Alle nehmen sie den Mund ganz schön voll, Donald Trump sowieso, aber auch Angela Merkel, Annegret Kramp-Karrenbauer, Heiko Maas. Denn das Thema – die Türkei greift in Syrien die Kurden an – ist groß, die Lage kann einen Flächenbrand auslösen, sogar einen Weltenbrand. So viele Akteure sind beteiligt. Da will vieles bedacht sein, auch grundsätzlich. Die Türkei soll sich zurücknehmen, sich zurückziehen in Nordsyrien, ist die Botschaft. Die richtet sich vor allem an den, der von der Türkei aus ein Neu-Osmanisches Reich zu errichten versucht: Recep Tayyip Erdogan. So einer lässt sich nicht so einfach beherrschen. Der Präsident, der mehr einem Sultan ähnelt, macht, was er will. Was machen dann die, die mit ihm verbündet sind, außer zu reden? Außer, wie jetzt die Kanzlerin, einen sofortigen Stopp der Offensive gegen die Kurden zu fordern? Das ist die Preisfrage.

Tatsache ist, dass alles Handeln seinen Preis hat. In jeder Hinsicht. Die Türkei ist Nato-Partner, noch dazu an der Schnittstelle zwischen Orient und Okzident. Allein schon das ist eine sicherheitspolitisch herausragende Position. Wie sich ja gerade zeigt.

Würde die Türkei jetzt hart angefasst, ihr wegen des in der Nato unabgestimmten Verhaltens der Rauswurf angedroht, verlöre sie viel, unter anderem die Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 des Nordatlantikpakts. Aber der Westen verlöre auch – und zwar die Türkei an Russland und China. Die stehen, ähnlich autoritär geführt, als Partner bereit. Und sind auch in Syrien. Außerdem ist die Türkei unter Erdogan immer noch Bewerber um eine EU-Mitgliedschaft. Kommen Sanktionen von EU-Staaten, könnte die Regierung in Ankara beschließen, noch stärker und härter als bisher regionale Vormacht werden zu wollen. Dann würde nicht deeskaliert, sondern das Gegenteil: Erdogan nähme womöglich gar keine Rücksicht mehr.

Erdogan will mehr als ihm zusteht

Zumal er den Kampf gegen die Kurden damit erklärt, dass sie militärisch mit der PKK verbunden seien. Diese Organisation wird nicht nur von der Türkei, sondern auch von der EU, den USA und Deutschland als Terrororganisation eingestuft. Hinzu kommt, dass Erdogan vom Westen nicht das Recht bestritten wird, die Grenzen der Türkei zu sichern. Allerdings will er mehr, er will hinter der Grenze einen Sicherheitspuffer schaffen. Syriens Machthaber Baschar al Assad antwortet darauf, militärisch.

Was die gefährliche Lage zusätzlich verkompliziert. Apropos Grenzen: Der EU-Flüchtlingspakt sichert Ankara auch wegen der Wirtschaftslage dringend benötigte Milliarden Euro – aber den Europäern, voran den Deutschen, dass keine Millionen Zufluchtsuchende kommen. Was bleibt? Den Mund nicht zu voll zu nehmen – und trotzdem schnell das zu tun, was machbar ist. Vorerst keine Waffen an die zweitgrößte Armee in der Nato zu liefern, das geht. Diejenigen – Politiker und andere – in der Türkei auszuwählen, die von Sanktionen persönlich getroffen würden, das geht auch. Wirtschaftssanktionen? Wo möglich. Aber gehandelt werden muss. Zu oft erweckt Politik den Eindruck, sie könne nicht rasch reagieren. Multilaterale besonders, weil die der Absprache bedarf.

Deren Tempo ist allerdings dringend der Lage anzupassen. Alles Weitere gehört zur Preisfrage: Wie wichtig ist es dem Westen, Nato und EU, die Türkei dabeizuhaben? Die Antwort ist grundsätzlich. Und muss ehrlich sein. Denn sie kann, so oder so, alles verändern.“

<https://www.tagesspiegel.de/politik/erdogans-syrienkrieg-was-macht-der-westen-ausser-zu-reden/25112998.html>

Fragen zum Text:

1. Wer ist „der Westen“?
2. Warum muss „eine Antwort schnell kommen“? Warum ist es keine Option, sich nicht darum zu kümmern, was im Orient passiert? Sorge um die Menschen dort?
3. Was könnte „der Westen“ tun, außer zu reden? An welche Mittel denkt der Autor? Was ist von diesen Optionen zu halten? Was sagt das darüber, wie Staaten miteinander umgehen?
4. Was steht Erdogan zu? Wer hat darüber nach Meinung des Autors zu befinden? Dieser Kommentar beschäftigt sich mit dem Thema Weltpolitik und würdigt dabei die deutschen Interessen/Möglichkeiten. Um was geht es dabei?

Arbeitstext 3

Letzte Aktualisierung:

Am 21.20. macht die deutsche Verteidigungsministerin und vermutlich zukünftige Kanzlerkandidatin Annegret Kramp-Karrenbauer den Vorschlag, eine „international kontrollierte Sicherheitszone“ in Nordsyrien zu errichten. Angesichts des „schändlichen“ Abrückens der US-Boys (passend dazu sieht man plötzlich, wie die abrückenden US-Soldaten mit Steinen beworfen und geschmäht werden), der „humanitären Katastrophe“ (die jetzt doch noch zu Ehren kommt! Frage allerdings, was die Bundeswehr dafür bringen wird) und der „Gefahren des IS“ (gekonnte Floskel von Akk – man möchte schon wissen, wen sie da jetzt eigentlich genau meint! Vielleicht die mit westlichen Waffen gegen Assad ausgerüstete „freie syrische Armee“?) könne Deutschland und Europa nicht „Zaungast“ bleiben, sondern müsse sich mit einem Vorschlag positionieren. Und das einen Tag, bevor sich Erdogan und Putin treffen. Die Bundeswehr werde liefern, was man von ihr verlangt. Mit anderen, jetzt sehr offenen Worten:

- Erdogan und Putin dürfen die Sache nicht unter sich ausmachen;
- wenn die USA abrücken, dann muss Deutschland rein.
- Vor allem aber: Deutschland darf nicht weiter außen vor bleiben („Zaungast“) – das ist das allerwichtigste.
- Damit der Bundestag diesen Einsatz, der eine *neue Qualität deutscher Kriegspolitik* darstellt (kein Verteidigungsfall, kein Bündnisfall – all das sind ja bisher die Legitimationen der Bundeswehr und ihrer Einsätze) billigt, wird die bisher etwas vernachlässigte „humanitäre Katastrophe“ beweint. Die rechtfertigt jetzt alles...

Ach ja: Der Einsatz der Türkei in Nordsyrien war ja ein „völkerrechtswidriger Krieg“; für Syrien und seinen (übrigens gewählten) Präsidenten Assad sieht es natürlich völlig anders aus, wenn das gute Deutschland nach Nordsyrien will...

Warum gibt es dauernd Kriege?

Der Krieg der Türkei und die Auseinandersetzung um seine Berechtigung ist nur ein weiterer Schritt in der Konkurrenz der Staaten auf dem Globus. Die geht in all ihrer Gewalttätigkeit weiter – gleichgültig, ob die Türkei jetzt siegt oder gebremst wird.

Warum es so viele Kriege gibt und um was sich die Konkurrenz der Staaten dreht, soll in Teil 2 erörtert werden.



Literatur:

- Michael Lüders, Wer den Wind sät (2015)
- Peter Scholl-Latour, Der Fluch der bösen Tat (2014)
- Abdullah Öcalan, Demokratischer Föderalismus (2005)

Über die Autorin

Renate Dillmann, Dr., geb. 1954, Studium an der Johannes-Gutenberg-Uni Mainz Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie; später noch Evangelische Religion. Referendariat / Lehrerin am Stadtgymnasium Dortmund / Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fernuniversität Hagen / Promotion zur Staatstheorie des Thomas Hobbes / freiberufliche Tätigkeit als Journalistin und Grafikdesignerin / seit 1999 Lehrbeauftragte mit zwischenzeitlicher Vertretungsprofessur an der EVH Bochum, Fachbereich Soziale Arbeit.

Kontakt:

dillmann-renate@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com